

Paul Nolte

Wie geht's weiter mit der Demokratie?

Liebes Ehepaar Dienel,

liebe Freundinnen und Freunde des nexus-Instituts,

verehrtes Publikum,

„Wie geht's weiter mit der Demokratie?“ – Ja, woher soll ich das denn wissen? Und dann fragt man auch noch einen Historiker, und nicht eine Politikwissenschaftlerin, oder am besten einen Zukunftsforscher? Aber auch dessen Fähigkeiten, in die Glaskugel einer offenen Zukunft zu schauen und verlässliche Prognosen abzugeben, sind letztlich begrenzt. Das Vertrauen, das der Geschichtswissenschaft bei solchen Themen gerne entgegengebracht wird, beruht immerhin weniger darauf, dass Historiker etwas (oder sogar „alles“) über die Vergangenheit wüssten. Vielmehr interessiert an diesem Fach die Expertise für Zeitverläufe: Wie hat sich die Demokratie denn bisher entwickelt, und was wäre, wenn man diesen Trend fortschreibt? Mit welchen Veränderungen, zum Guten oder zum Schlechten, können wir erfahrungsgemäß überhaupt rechnen; oder mit anderen Worten: In welchem Verhältnis stehen Kontinuität und Wandel, Pfadabhängigkeit und Disruption in historischen

Prozessen im Allgemeinen, und speziell in der politischen Verfassung und ihren gesellschaftlichen Grundlagen?

„Wie geht's weiter mit der Demokratie?“ In dieser Frage schwingt schon mindestens zweierlei mit. Erstens ist es nicht mehr so selbstverständlich, dass es mit der Demokratie weitergeht, oder jedenfalls: so weitergeht wie bisher. In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich ein skeptischer, manchmal auch düsterer Grundton in das Reden von der Demokratie, in die Diagnosen und Prognosen eingeschlichen. Die stille, unhinterfragte Selbstverständlichkeit ist verschwunden, erst recht der laute, triumphale Gestus eines globalen Siegeszugs der westlichen Demokratie und ihres liberalen Gesellschaftsmodells. Ein „Ende der Geschichte“ in diesem Triumph, wie es Francis Fukuyama nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Kommunismus proklamierte, ist nicht erkennbar. Das ist mindestens für Historiker und ihre Berufsaussichten eine gute Nachricht.

Ich sagte gerade: „in den letzten zwei Jahrzehnten“. Das ist offensichtlich der Zeitraum, der Anlass des heutigen Festes ist: Zwanzig Jahre nexus-Institut. Wie ist das möglich: Inmitten der aufkommenden Zweifel an der Zukunftsfähigkeit der Demokratie gründet sich ein Institut, das sich neuen demokratischen Verfahren und kreativen Formen der Bürgerbeteiligung widmet? Eben drum. Denn zweitens schwingt in der Frage „Wie geht's weiter mit der Demokratie?“ ja doch ein gewisser Optimismus mit, dass die Geschichte der Demokratie noch nicht ganz am

Ende ist. Und die „Wie-Frage“ legt die Suche nach den neuen Formen bereits sehr nahe.

Aber damit sind die Zweifel und die verstörenden Befunde nicht vom Tisch gewischt. Vergegenwärtigen wir uns also, in einem ersten Schritt, die aktuelle Krise der Demokratie. Sie zeigt sich in den Grenzen, zumindest dem Abbremsen, des globalen Siegeszugs dieser Regierungsform. Seit zwei Jahrzehnten ist die Demokratie außerhalb des klassischen Westens nicht mehr recht vorangekommen. Autoritäre Systeme und ideologischer Fundamentalismus haben in Afrika, im Nahen und Mittleren Osten, in Ostasien ihre Beharrungskraft gezeigt oder sogar neue Attraktivität gewonnen. Dabei fügen sich durchaus unterschiedliche Konstellationen zusammen. Die Annahme, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Modernisierung Chinas werde unweigerlich eine politische Liberalisierung oder sogar institutionelle Demokratisierung nach sich ziehen, hat getrogen. Demokratische Ideen und demokratischer Protest brechen, wie derzeit in Hongkong, immer wieder auf, aber die Volksrepublik ist unter Präsident Xi autoritärer und illiberaler geworden. Und das chinesische Modell der illiberalen Modernisierung wirkt anderswo, in der arabischen Welt und in Afrika, ja bis in die südöstlichen Säume Europas, attraktiv. Der eigene demokratische Aufbruch im „Arabischen Frühling“ ist steckengeblieben und hat sich bisweilen, wie zumal in Syrien, ins brutale Gegenteil verkehrt. Weithin gescheitert ist aber auch der Anspruch des Westens, vor allem der USA, auf Demokratieexport im Gefolge militärischer Intervention.

Irritierender aber sind die Anzeichen von Krise und demokratischer Schwindsucht im Westen selber, sofern man von dessen Einheit im Sinne eines demokratisch-liberal-rechtsstaatlichen Wertekonsenses überhaupt noch sprechen kann. Populismus und Nationalismus, Autoritarismus und Illiberalismus haben sich als mächtige soziale und politische Strömungen formiert – und sind in vielen Ländern, auf die eine oder andere Weise, längst an die Macht gelangt. Das betrifft nicht nur postkommunistische Staaten wie Polen oder Ungarn, oder den postkommunistischen Teil unseres eigenen Landes, dem in Kürze in den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen (und wenig später in Thüringen) Bewährungsproben bevorstehen. Es betrifft bekanntlich auch den „alten Westen“ Europas, das Brexit-befallene Vereinigte Königreich ebenso wie das von Rechts- und Linkspopulisten in die Zange genommene Italien. Wir hatten uns daran gewöhnt, das Russland Putins bestenfalls als eine „defekte Demokratie“ zu sehen. Ein durchaus unheimlicher Gedanke ist es, ob man auch die USA in dieser Kategorie verorten müsste.

Was all das bedeutet, ist schwer zu sagen. Das ist ja ein wesentliches Merkmal unserer Zeit: Wir operieren unter Bedingungen der Unsicherheit – auch übrigens auf anderen Feldern. Man muss kein Leugner des Klimawandels sein, um sich zu fragen, ob der momentan nahezu täglich sich steigernde Katastrophismus, zum Beispiel in den kommunalen „Notstandserklärungen“, sinnvoll ist. In der politischen Diagnose

ist vor solchem Katastrophismus in den letzten Jahren mit Recht gewarnt worden: Bei nüchterner Betrachtung ist unsere Situation, ist der Zustand der Demokratie in Europa, eben doch nicht mit den späten 1920er oder frühen 1930er Jahren vergleichbar; erst recht stehen wir nicht kurz vor einer Wiederholung des 30. Januar 1933, was nicht nur für Deutschland, sondern bei aller berechtigten Kritik an Grenzen der Rechtsstaatlichkeit auch für Polen und Ungarn gilt. Zugleich ist bräsiges Selbstsicherheit fehl am Platze, denn noch einmal: Wir wissen es nicht, wir operieren unter Unsicherheit. Ein Wahlergebnis in einem ostdeutschen Bundesland, das der AfD ihren ersten Ministerpräsidenten verschafft, ist jedenfalls nicht mehr völlig ausgeschlossen. Und darin liegt sehr wohl eine Gefahr für die Demokratie, auch wenn das nicht gleich die Etablierung einer Diktatur bedeutet.

Auf der anderen Seite, und das ist der zweite Schritt meiner kurzen Überlegungen, ist diese Krise nur die eine Seite der Medaille. Häufig registrieren wir zu wenig, welch bemerkenswerte prodemokratische und liberale Mobilisierung es zugleich am Anfang des 21. Jahrhunderts gibt. Das ist zunächst eine unmittelbare Gegenmobilisierung gegen Populismus und Nationalismus, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Jedenfalls in vielen westdeutschen Städten gingen, wie in Freiburg, mehr Menschen gegen die lokale „Pegida“-Variante auf die Straße als diese Bewegung selber versammeln konnte. Die illiberalen und rechtsextremen Bewegungen haben, was ihre Aktionsformen betrifft, etwas von den „Neuen Sozialen

Bewegungen“ im linken und liberalen Lager gelernt. Aber die liberale und demokratische Mitte „lernt zurück“, wie in der gegen den Front National erfolgreichen Sammlungsbewegung Emanuel Macrons „En Marche“ in Frankreich.

Die liberale Demokratie erfährt in den letzten Jahren eine Wertschätzung wie lange nicht mehr, eine Wertschätzung, die sich sogar auf so abstrakte Konzepte wie den Rechtsstaat oder die lange Zeit etwas geringschätzig betrachtete Ordnung der Institutionen bezieht. Man reibt sich die Augen, wie die Linken zur Verteidigung der liberalen Demokratie herbeieilen, die sie seit einem halben Jahrhundert, seit „68“, nur mit spitzen Fingern oder einer gewissen Ironie angefasst haben. Die linke Diagnose der „Postdemokratie“, die vor zehn Jahren in Deutschland auf ihrem Höhepunkt stand, ist tot; die darin zum Ausdruck gebrachte Elitenkritik erinnert inzwischen fatal an den rechten Populismus ebenso wie die Institutionenkritik, nach der die verfassungsmäßig demokratischen Ordnungen zur bloßen Fassade, zum Potemkin’schen Dorf eines autoritären Neoliberalismus geworden seien.

Überhaupt lässt sich jedenfalls für Deutschland, aber auch für viele andere westliche Länder und sogar für den globalen Diskurs feststellen: So viel Demokratie wie jetzt war nie. Das Reden über Demokratie ist auf einem historischen Höhepunkt. Natürlich ist viel Mahnung in der Krise dabei, aber auch viel selbstbewusstes Eintreten für die Demokratie. In den 70er Jahren wurde darüber gestritten, ob Demokratie nur ein Prinzip

der politischen Ordnung sei oder die gesamten Lebensverhältnisse der Menschen betreffe. Das ist heute keine Frage mehr, wenn auch in anderer Weise als damals vorgestellt: Die Demokratie ist zum Oberbegriff für unsere Lebensordnungen geworden, zur Überschrift nicht zuletzt über gesellschaftspolitische Konzepte wie Toleranz und Multikulturalismus, soziale Gerechtigkeit und kulturelle Anerkennung. Sie ist eine nahezu universelle Projektionsfläche der guten Ordnung. Kein Wunder, dass solche weitgespannten Ansprüche und Erwartungen bisweilen enttäuscht werden. Und wie bemerkenswert ist es, dass zugleich die Wertschätzung für den institutionellen Kern der politischen Demokratie gewachsen ist. Die Euphorie um die direkte Demokratie, jedenfalls diejenige der Volksabstimmungen, ist in den letzten Jahren deutlich abgeklungen; die elektorale und repräsentative Demokratie hingegen erfährt neue Anerkennung.

Dennoch geht es offensichtlich nicht so weiter wie bisher. Demokratische Institutionen zeigen gewiss eine bemerkenswerte Stabilität im technologischen und sozialen Wandel. Wenn Wahlen und Parlamente es aus der Zeit der Postkutsche und der gepuderten Perücken bis in unsere Zeit geschafft haben, werden sie an der Digitalisierung und weiteren Schüben der sozialen Egalisierung nicht gleich zugrundegehen. Gleichwohl, tiefgreifender gesellschaftlicher Wandel, das ist mein dritter Schritt, ist ein ganz wesentlicher Faktor in den Krisenerscheinungen und neuen Unsicherheiten der Demokratie.

Im Zuge des großen Schubes der Individualisierung, der Emanzipation und Autonomisierung vor allem seit den 1970er Jahren haben sich die sozialen Organisationen, die Großverbände in einem engeren und einem weiteren Sinne aufgelöst, auf denen die Interessenartikulation, der Pluralismus und das Parteiensystem der klassischen demokratischen Ordnung beruhten. In Deutschland waren das besonders die Milieus der sozialistischen Arbeiterbewegung und des Katholizismus, aber auch anderer sozialer Schichten, kultureller Formationen und beruflicher „Stände“, die eine relativ stabile kollektive Überzeugung oder ein kollektives Interesse in die politische Arena einbrachten. Damit ist es vorbei, und das ist der Hauptgrund für den dramatischen Zerfall der lange Zeit so stabilen Parteiensysteme. Die neue Volatilität spiegelt eine Gesellschaft, die sozusagen von einem festen in einen flüssigen oder gasförmigen Aggregatzustand übergegangen ist.

Diese Auflösung der Milieus, der festen Zuordnungen und „intermediären Verbände“ mag man bedauern, aber ganz überwiegend begreifen wir sie doch selber als wesentlichen Teil einer gesellschaftlichen Demokratisierung: als Zerstörung von Autoritäten auch im privaten Raum der Familie, als Abbau von Hierarchien, als Befreiung aus Festlegungen, in welche die Menschen auf unsichtbare Weise auch in der post-ständischen, in der liberalen Gesellschaft hineingeboren waren. Jetzt handelt jeder für sich, und artikuliert seine eigene Stimme, was die neuen Technologien, etwa die „sozialen Medien“, erst recht leicht machen. Dass bei diesem Übergang vom Rezipienten zum

Produzenten manches schief gehen kann, verwundert nicht: Wir lesen es täglich in den Kommentarfunktionen von Nachrichten-Websites und bei Twitter. Der Aufstand gegen die Ordnung, gegen den vermeintlichen Zwang zur Moderation – im Sinne der respektvollen „Mäßigung“ ebenso wie im Sinne der Akzeptanz von Verfahrensregeln – ist selber zu einem guten Teil ein Produkt der Demokratisierung.

Ein zweites kommt hinzu. Entgegen mancher ungeduldigen Klagen, wir lebten in einer bleiernen Zeit der Langeweile und der Unfähigkeit zur Veränderung, ist das beginnende 21. Jahrhundert eine Phase der Beschleunigung, der nicht nur technologischen, sondern auch gesellschaftlichen Transformation – und der gesellschaftlichen Liberalisierung. Insofern ist auch der vielbeschworene „Rechtsruck“ in den westlichen Gesellschaften nur ein Teil der Wahrheit. Die transformative Agenda unserer Zeit ist atemberaubend, von der Neudefinition der Geschlechtsrollen und des sozialen und Rechtsinstituts der Ehe bis zu den Veränderungen von Mobilität, Energie, Ernährung und anderen Alltagsformen, in denen wir stehen oder die wir uns für die nächste Zeit vorgenommen haben. Das ist eine Belastungsprobe für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt, und meistens sind es Angehörige einer urbanen akademischen Elite, die sich schwer tun zu verstehen, dass Anderen diese Veränderungen Angst machen oder ein bisschen zu schnell gehen.

Gerade noch hatte ein aufrechter Linksliberaler wie Barack Obama seine Position zur Schwulenehe zögernd revidiert; schon wird als homophob oder rassistisch denunziert, wer in dieser Frage noch mit sich ringt. Der Populismus ist auch eine Reaktion auf das Tempo des gesellschaftlichen Wandels der letzten Zeit, und damit müssen Demokratien zurechtkommen. Sie dürfen die Auseinandersetzung auch an den Grenzsäumen nicht verweigern; sie müssen Skeptiker in die Institutionen und Verfahren ebenso wie in die Diskurse der Demokratie einbeziehen. Dabei kann man, auch wenn es immer wieder knirscht, ein gutes Maß an Vertrauen in die ebenso aufklärerische wie disziplinierende Wirkung der liberalen Demokratie setzen. Die Wirklichkeit ist ja komplizierter als ich dachte, wird dann so mancher Populist feststellen. Aber diese Einsicht kann auch manchen ihrer Gegner in ihrer unerschütterlichen Selbstgewissheit des einzigen richtigen Weges nicht schaden.

Damit bin ich am Ende meiner Überlegungen, beim vierten und letzten Schritt. Wie geht es weiter mit der Demokratie? Sie ist eine Baustelle und wird es auf absehbare Zeit bleiben. Von der Vorstellung einer perfekten Demokratie, wie sie gerade die Westdeutschen aufgrund ihrer Geschichte vor und nach 1945 lange gepflegt haben, müssen wir uns verabschieden. „Baustelle“ also im Sinne eines Reparaturbetriebes, im Sinne eines Gebäudes, in dem nicht alles wohlgeordnet ist und glänzt, von der äußeren Fassade bis zur weißgelackten Küche. Die Versorgungsleitungen liegen offen, es tropft hier und bröckelt

dort; manches Zimmer ist noch ganz behaglich eingerichtet, in einem anderen sieht es rau aus und stinkt. In dieser Baustelle, in diesem Haus der „rauen Demokratie“ leben wir jetzt und auf absehbare Zeit.

Das Bild von der Baustelle gilt aber noch in einem anderen Sinne. Zwar haben sich zentrale Elemente der Institutionenordnung als außerordentlich stabil erwiesen und werden zweifellos noch mindestens viele Jahrzehnte überdauern – Wahlen und Parlamente, aber auch die Gewaltenteilung und eine unabhängige Justiz gehören dazu. Doch zugleich war Demokratie schon immer etwas Unfertiges, ein vielfältiges Projekt, an dem immer in der einen oder anderen Weise gewerkelt wurde, mit Umbauten und mit Anbauten, und gewiss auch mal mit Vorhaben, die gescheitert sind und wieder zurückgebaut werden mussten. Demokratie ist ein großes Gemurmel und ein großes Gewusel. Vieles kann ausprobiert werden und nebeneinander bestehen. Aber einige Grundregeln versprechen langfristig größeren Erfolg.

Erstens sollte sich kreative Energie mit dem Respekt vor Institutionen und Verfahren verbinden. Zweitens scheint eine Demokratie nur schwer möglich zu sein, die auf den direkten Kontakt von Menschen, ihrer Bürgerinnen und Bürger, untereinander verzichtet. Das gilt auch im digitalen und scheinbar „virtuellen“ Zeitalter: Demokratie braucht unmittelbare Begegnung, braucht den „face to face“-Kontakt – nicht zuletzt unter denjenigen, die verschiedener Meinung und Überzeugung

sind. Beide Aspekte, beide Grundregeln sehe ich im Selbstverständnis des nexus-Instituts verankert ebenso wie in seinen konkreten Projekten zur Bürgerbeteiligung und demokratischen Partizipation zur Anwendung gebracht. Insofern lässt sich die Frage am Ende in eine Aussage wenden: So geht es weiter mit der Demokratie!

Vielen Dank für Ihr Zuhören, und ein schönes Fest.